

Anlage 7 zum Verhandlungsprotokoll

Gesetzlicher Mindestlohn Arbeitnehmer FSB 2019-3b

Arbeitnehmer-Erklärung zum gesetzlichen Mindestlohn

Bauvorhaben:

Ort des Bauvorhabens:

Beauftragte Teilleistung:

Beauftragtes Unternehmen / Arbeitgeber:

Beauftragendes Unternehmen: Hans Lamers Bau GmbH
An der Deutschen Welle 7
52428 Jülich

Für das obige Bauvorhaben hat mein Arbeitgeber als beauftragtes Unternehmen einen Bauauftrag des obigen beauftragenden Unternehmens erhalten.

Zu diesem Bauauftrag unterrichtete mich mein Arbeitgeber, dass für mich

das deutsche Arbeitnehmer-Entsendegesetz und die darin bestimmten allgemeinverbindlichen deutschen Tarifverträge zum Mindestentgelt von Arbeitnehmern keine Anwendung finden

und stattdessen

das deutsche Mindestlohngesetz anzuwenden ist.

Danach gilt Folgendes:

Bezahlt mir mein Arbeitgeber während des Bauauftrags nicht mindestens den gesetzlich vorgeschriebenen deutschen Mindestlohn von derzeit Euro brutto je Zeitzunde, kann gemäß dem deutschen Mindestlohngesetz (§ 13 - Text siehe nächste Seite)* in Verbindung mit dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (§ 14 - Text siehe nächste Seite)** auch derjenige Unternehmer auf Bezahlung des gesetzlichen Mindestlohns in Anspruch genommen werden, der meinem Arbeitgeber oder dessen Auftraggeber(n) den Bauauftrag erteilt hat.

Gemäß deutscher Rechtsprechung gilt diese Haftung nicht für den Bauherrn.

Wegen des Haftungsrisikos für den gesetzlich vorgeschriebenen deutschen Mindestlohn ist dem beauftragenden Unternehmen nachzuweisen, dass mein Arbeitgeber seinen Verpflichtungen zur Zahlung des gesetzlich vorgeschriebenen deutschen Mindestlohns nachgekommen ist.

Anlage 7 zum Verhandlungsprotokoll

Dazu bestätige ich,

Name:

Geburtsdatum:

Adresse

Baustellenausweis-Nummer

dass meine Vergütung für jede tatsächlich geleistete Arbeitsstunde
mindestens Euro brutto je Zeitstunde beträgt

und

ich unter Abzug von Steuern und Sozialversicherung den Nettobetrag daraus
für den Zeitraum....., entsprechend
..... Arbeitsstunden ausbezahlt bekommen habe.

Ich versichere ausdrücklich, dass

neben den Abzügen für Steuern und Sozialversicherung keine weiteren Abzüge von meinem Bruttolohn
erfolgt sind

und

meine sämtlichen Angaben der Wahrheit entsprechen.

Ich bin damit einverstanden, dass

diese Erklärung dem beauftragenden Unternehmen und dessen Auftraggeber(n) vorgelegt wird.

.....
(Ort), (Datum) Unterschrift des Arbeitnehmers

*§ 13 Mindestlohngesetz lautet:

„§ 14 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes findet entsprechende Anwendung.“

**§ 14 Arbeitnehmer-Entsendegesetz lautet:

„Ein Unternehmer, der einen anderen Unternehmer mit der Erbringung von Werk- oder Dienstleistungen beauftragt, haftet für die Verpflichtungen dieses Unternehmers, eines Nachunternehmers oder eines von dem Unternehmer oder einem Nachunternehmer beauftragten Verleihers zur Zahlung des Mindestentgelts an Arbeitnehmer oder Arbeitnehmerinnen oder zur Zahlung von Beiträgen an eine gemeinsame Einrichtung der Tarifvertragsparteien nach § 8 wie ein Bürge, der auf die Einrede der Vorausklage verzichtet hat. Das Mindestentgelt im Sinne des Satzes 1 umfasst nur den Betrag, der nach Abzug der Steuern und der Beiträge zur Sozialversicherung und zur Arbeitsförderung oder entsprechender Aufwendungen zur sozialen Sicherung an Arbeitnehmer oder Arbeitnehmerinnen auszuzahlen ist (Nettoentgelt).“